

Usters Antwort gegen den Klimawandel und Lobbyisten

Uster Wie soll die Stadt ihre Klimaprobleme angehen? Diese Frage erörtert erstmals ein Bürgerpanel. Seit Mittwoch stehen die Teilnehmer fest.

Tanja Hudec und **Mirjam Müller**

Die Stadt Uster will, dass sich die Bevölkerung mit Ideen für einen besseren Klimaschutz einbringt. Dies soll dank einem sogenannten Bürgerpanel ermöglicht werden. 2000 zufällig ausgeloste Einwohnerinnen und Einwohner haben Mitte Mai die Einladung zur Teilnahme daran erhalten.

Am Mittwochabend wurden nun aus den eingegangenen Anmeldungen 20 Personen ausgelost, die sich während zweier Wochenenden damit befassen sollen, wie in Uster bewusst konsumiert, Abfall vermieden und damit das Klima geschont werden kann.

Antwort gegen Lobbyisten

Während die Bewegung Klimastreik vor dem Stadthofsaal «Power to the People» sang, hatten sich im Innern rund 30 Teil-

nehmer sowie Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr (SP), Stadträtin Karin Fehr (Grüne) und Gemeinderatspräsidentin Anita Borer (SVP) eingefunden.

Jacqueline Fehr
Regierungspräsidentin (SP)

nehmer sowie Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr (SP), Stadträtin Karin Fehr (Grüne) und Gemeinderatspräsidentin Anita Borer (SVP) eingefunden.

Daniel Kübler von der Universität Zürich, der das Projekt begleitet, eröffnete die Verlosung und übergab das Wort an Jacqueline Fehr. Die Demokratie gehöre zur DNA der Schweiz, sagte sie. Nicht zu unterschätzen sei der Einfluss der Lobbyisten. Wichtiges beginne bereits vor der Abstimmung, weshalb das Bürgerpanel die Antwort aus der Bevölkerung gegen die Lobbyisten darstelle: «Eine politische Innovation, die sehr transparent ist.»

«Ausgeklügeltes» Verfahren

Auch Gesundheitsvorsteherin Karin Fehr zeigte sich erfreut, dass die Stadt dieses neuartige demokratische Instrument für mehr Klimaschutz in Uster einsetzt. «Es ist Neuland für die

Stadt Uster sowie für die gesamte Deutschschweiz.»

Kübler und Nenad Stojanovic von der Uni Genf erläuterten schliesslich das «ausgeklügelte» Auswahlverfahren, wie es die Stadt in einer Mitteilung formuliert hatte.

Von den 2000 zufällig ausgelosten Ustermern – ab 16 Jahren und auch ohne roten Pass – hatten sich 129 Personen (6,5 Prozent) bereit erklärt, am Panel teilzunehmen. Aus diesen war mittels Software die richtige Zusammensetzung prozentual zur Bevölkerung ausgelost worden. Die Kriterien waren: Geschlecht, Alter, Bildungsstand, politische Einstellung sowie das Abstammungsverhalten.

Ein Beispiel: Das Alter der 16- bis 19-Jährigen entspricht einem Bevölkerungsanteil von 16 Prozent. Also wurden zwei bis vier Personen aus dieser Altersklasse ausgelost. Bei den 40- bis 64-Jäh-

rigen hingegen waren es sieben oder acht Personen.

Da der Frauenanteil in Uster knapp über 50 Prozent liegt, mussten mindestens zehn Frauen ausgelost werden.

Namen bleiben geheim

Insgesamt hatte die Software zweimal 20 Personen ausgespuckt, die je in eine orangefarbene und eine blaue Excel-Tabelle eingetragen worden waren.

Nun durfte Gemeinderatspräsidentin Anita Borer die Glücksfee spielen und eine Kugel in entsprechender Farbe aus einem schwarzen Beutel fischen. Sie zog die orangefarbene, was bedeutete, dass diese Gruppe das erste Bürgerpanel in Uster bildet. Die blaue Gruppe dient derweil als Ersatz.

Die 129 Teilnehmer werden per Brief über das Resultat informiert. Die Namen bleiben aus Datenschutzgründen geheim.

«Es ist Neuland für die Stadt Uster sowie für die gesamte Deutschschweiz.»

Karin Fehr
Stadträtin (Grüne)



Glücksfee: Gemeinderatspräsidentin Anita Borer hat am Mittwoch die Teilnehmer für das Bürgerpanel gezogen. Am Anlass war auch Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr (rechts) anwesend. Fotos: Mirjam Müller



Grüne verpflichten die Gemeinde, nachhaltig zu handeln

Greifensee Die Grünen überzeugten die Gemeindeversammlung, in der totalrevidierten Gemeindeordnung einen Artikel zu ergänzen.

50 Stimmberechtigte wohnten am Mittwochabend bei aufziehenden Gewittern der Rechnungsgemeindeversammlung Greifensee bei. Zum Entwurf der revidierten Gemeindeordnung erklärte Gemeindepräsidentin Monika Keller (FDP) im Saal des Landenberghauses, weshalb diese Totalrevision nötig geworden sei. Die letzte Gemeindeordnung datiere aus dem Jahr 2009. Es gelte nun, die Verfassung der Gemeinde Greifensee mit dem neuen Gemeindegesetz des Kantons Zürich in Einklang zu bringen. Ziel sei zudem, ein noch effizienteres Handeln der Gemeindebehörden und der Verwaltung zu ermöglichen.

Der erste Entwurf, der auf der Basis einer Musterverordnung entstanden sei, habe man als Ers-

tes zur Vernehmlassung den Parteien vorgelegt. Von mehreren Parteien seien Rückmeldungen eingegangen. Danach sei der Entwurf zur Vorprüfung an das Gemeindeamt des Kantons Zürich überwiesen worden.

Kompetenzen neu geregelt

Keller führte aus, was sich konkret ändern wird: Demnach werden künftig beleuchtende Berichte zu Urnenabstimmungen und Gemeindeversammlungen verfasst. Die Gemeindeversammlung ist beim Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder Liegenschaften des Finanzvermögens nicht mehr zuständig, Schulpflege und Sozialbehörde haben kein direktes Antragsrecht an die Gemeindeversammlung mehr, ferner müssen Interessenbindun-

gen von Behördenmitgliedern offengelegt werden, und eine Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte wird möglich.

Schliesslich müssten in der Gemeindeordnung alle eigenständigen und unterstellten Kommissionen namentlich aufgeführt sein, so Keller. Dies führe dazu, dass man «quasi präventiv» einige Kommissionen aufgelistet habe, die aktuell noch gar nicht existierten.

Grüne fordern neuen Artikel

Bereits bei der ersten von total 55 Folien kam der erste Input aus der Versammlung. Monika Hungerbühler, Präsidentin der Grünen Greifensee, beantragte im Namen ihrer Partei die Aufnahme eines übergeordneten Nachhaltigkeitsartikels. «Ein solcher

Artikel sollte auch auf Gemeindeebene festgehalten werden, im Sinne einer Willensbekundung», so die Referentin. Die Formulierung «Die Gemeinde Greifensee richtet ihr Handeln nach den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung aus» sollte in den Artikel aufgenommen werden.

Eine Votantin fühlte sich vom Umstand überrumpelt, dass so kurzfristig ein derartiger Zusatz eingereicht worden ist. Ein Vertreter der Grünliberalen unterstrich, dass die Grünliberalen diesen Zusatz unterstützen würden. Ein weiterer Votant beantragte, den Antrag abzulehnen.

Die Versammlung stimmte der Forderung der Grünen am Ende aber zu. 30 Stimmberechtigte sprachen sich dafür aus, dass die revidierte Vorlage der

Gemeindeordnung um diesen Passus ergänzt werden soll. Die Versammlung sprach sich zudem einstimmig für die Empfehlung aus, die Gemeindeordnung an der Urne anzunehmen. In einem

Deutliches Plus in der Rechnung 2020

Die Rechnung 2020 der Politischen Gemeinde schliesst bei einem Aufwand von 28,8 Millionen Franken und einem Ertrag von 29,3 Millionen Franken mit einem Ertragsüberschuss von rund 493'120 Franken. Finanzvorstand Bruno Schaeferli (Aktion G) sagte, eine wichtige Erkenntnis sei, dass das Resultat um knapp 1,9 Millionen Franken besser als budgetiert ausgefallen sei. Unerwartete, «rekordhohe»

nächsten Schritt, am 26. September, entscheidet also der Souverän über die angepasste Gemeindeordnung.

Marcel Vollenweider

Steuererträge hätten zu diesem letztlich erfreulichen Ergebnis geführt. Die Ausgaben im Bereich Soziale Sicherheit seien auf ein neues Rekordhoch gesprungen, ebenso hätten Mehrausgaben in der Primarschule resultiert, aber auch Corona-bedingte Mindererträge, etwa wegen ausbleibender Hortbesuche. Die Versammlung genehmigte die Rechnung kommentarlos und einstimmig. (mv)